



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Gabriele Schmidt
Landesbezirksleiterin NRW

ver.di Landesbezirk NRW • Karlstraße 123 - 127, 40210 Düsseldorf

Herrn
Minister Dr. Joachim Stamp
Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und
Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 4
40213 Düsseldorf

Landesbezirksleitung NRW

Karlstraße 123 - 127
40210 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 61824-0
Telefax: 0211 / 61824-461

Personal in den Kitas am Limit! Offener Brief an den Minister

Datum	6. November 2020
Ihre Zeichen	
Unsere Zeichen	schm
Durchwahl	100/101 Fax: 461

Sehr geehrter Minister Dr. Stamp,

wir möchten uns an dieser Stelle für den kontinuierlichen Austausch mit Ihnen und dem Familienministerium bedanken, da die aktuelle außerordentliche Krise nur gemeinsam zu bewältigen ist.

Bei ver.di NRW sind mehr als 30.000 pädagogische Fachkräfte sowie weitere Kita- und OGS-Beschäftigte organisiert, die wie viele andere Berufsgruppen ihre Tätigkeit mit hoher Verantwortung und großem Engagement für die Kinder ausüben. Sie tun dies trotz tiefgreifender Verunsicherung durch mögliche Ansteckungspotentiale und vor dem Hintergrund immer weiter steigender Infektionszahlen. Die permanente Schutzlosigkeit, der die Beschäftigten ausgesetzt sind, geht zunehmend mit dem Gefühl der Ohnmacht einher und verwandelt sich inzwischen in Unverständnis, Wut und Ärger.

Die Umstellung der Kindertageseinrichtungen und Schulen auf den „Regelbetrieb“ sowie die aktuelle Pandemieentwicklung stellt die Kolleg*innen vor unlösbare organisatorische Probleme und führt zur Überschreitung jeglicher Belastungsgrenzen. Mit dem zur Verfügung stehenden Personal ist es faktisch unmöglich, den Betrieb der Einrichtungen aufrechtzuerhalten.

Im Folgenden möchten wir Ihnen erläutern, welche Rahmenbedingungen aus unserer Sicht benötigt werden, um die Überlastung der Systeme zu reduzieren.

Ausgangslage:

Viele Kita- und OGS-Beschäftigte haben den Eindruck, dass die Träger und das Land sie nicht ernst nehmen. Im Fokus vor allem der pädagogischen Fachkräfte stehen die Kinder. Im Fokus der Entscheidungsträger - und so erscheint es vielen – stehen vor allem die Interessen der Wirtschaft.

Die Grenzen der Frusttoleranz sind bald erreicht, da im jetzigen Arbeitsalltag mit Kindern zahlreiche Dilemmata auftreten:

Es gibt kaum Möglichkeiten zu lüften, weil Kleinkinder gewickelt werden müssen. Kinder, deren Geschwister in Quarantäne sind, dürfen das Angebot trotzdem wahrnehmen. Feste Gruppen, die wichtig für den Infektionsschutz wären, können wegen des Personalmangels erst gar nicht umgesetzt werden. Belüftungssampeln sind unzureichend vorhanden. Erneut fehlt es an Hygienematerial. Eltern und andere Besucher*innen halten die Maskenpflicht nicht ein und Sanktionsmittel gibt es nicht. Die Corona-Regeln müssen von den Beschäftigten eingefordert werden. Doch dies kann zu kräftezehrenden Diskussionen führen. Gleichzeitig werden Kita- und OGS-Beschäftigte im Privaten ausgegrenzt, weil sie in einer Einrichtung arbeiten, wo Infektionsschutz bekanntlich nicht eingehalten werden kann. Regelöffnungszeiten sind vom vorhandenen Personal nicht mehr zu stemmen. Früh- und Spätdienste abzudecken oder die Betreuung von Schlaf- und Wachkindern durch eine pädagogische Kraft zu garantieren, wenn Personal fehlt, ist unmöglich. Hinzukommen gruppen- und einrichtungsübergreifende Vertretungen, die das Infektionsrisiko erhöhen.

Klar ist, dass weder frühkindliche Bildung noch Betreuung im offenen Ganztage qualitativ hochwertig mit gleichzeitigen Personalengpässen möglich ist. Die Beschäftigten tun trotzdem ihr Bestes. Doch wo Personal fehlt, wird es zunehmend schwieriger die Angebote aufrechtzuerhalten, so wird die Aufrechterhaltung des Angebotes schließlich auf Kosten der Beschäftigten umgesetzt.

Wegen der hohen Inzidenz mussten und müssen Einrichtungen schließen.

Das eigentliche Dilemma heißt: **Zu wenig Personal für zu viele Kinder, über zu lange Öffnungszeiten!**

Es ist jetzt notwendig, das Personal und damit die Einrichtungen für Kinder arbeitsfähig zu halten, und dies kann nur über Entlastung gehen.

Kontraproduktiv dagegen ist die derzeitige Praxis, dringend benötigtes Personal unter Druck zu setzen und ihnen Haftungsausschlussklärungen zur Unterschrift vorzulegen. Arbeitgeber sollten nicht Ängste schüren, sondern nehmen, indem sie z. B. über Lohnfortzahlung bei möglichen Corona-Infektionen und die Kostenübernahme bei Folgeerkrankungen aufklären.

Unsere Forderungen aus dem alltäglichen Erleben der Betroffenen

Einschränkung des Angebotes aufgrund des Fachkräftemangels

Da es kurzfristig nicht möglich ist, 20.000 Erzieher*innen einzustellen und dem vorhandenen Personal das Wasser bis zum Halse steht, müssen sowohl das Kita- wie auch das OGS-Angebot verringert werden, d. h.:

➤ **Eingeschränkter Regelbetrieb und Einschränkung der Anspruchsgruppen nach Bedarfsgröße**

Ausweitung des Programms „Alltagshelfer*innen“

Das Programm wird sehr gut angenommen, ist aber nicht überall angekommen. Zusätzliche Kräfte, die das pädagogische Personal im nicht-pädagogischen Bereich unterstützen, werden als tatsächliche Entlastung wahrgenommen. Im Offenen Ganzttag fehlt diese Unterstützung bisher gänzlich, d. h.:

➤ **Flächendeckende Ausweitung des Programms, erneute Bewerbung in allen Kommunen sowie Öffnung für den Offenen Ganzttag**

Anspruch der Beschäftigten auf Arbeits- und Gesundheitsschutz

Der Zusammenhang zwischen Fürsorgepflicht für die Beschäftigten, damit sie ihre Dienstleistung auch gesund erbringen können, tritt durch das aktuelle Krisenmanagement in den Hintergrund. Doch gerade in Nordrhein-Westfalen sind Alle auf jede einzelne pädagogische Fachkraft angewiesen, d. h.:

➤ **Appell des Ministers an die Arbeitgeber*innen, einen unterstützenden und fürsorglichen Umgang mit ihren Beschäftigten aus Kita und OGS zu pflegen und entsprechende Schutzmaterialien zur Verfügung zu stellen**

Eine Betreuungsgarantie für alle Kinder ist wegen des offensichtlichen Personalman- gels nicht einzuhalten. Wir müssen jetzt Personal entlasten und für die Zukunft ge- winnen und aufbauen. Denjenigen Kindern, die besondere Bedarfe haben, soll das Angebot weiterhin uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Anderenfalls wird das System zusammenbrechen.

Für einen intensiven Erfahrungsaustausch mit den betroffenen Kolleg*innen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Gabriele Schmidt
Landesbezirksleiterin



Sabine Uhlenkott
Landesfachbereichsleiterin Gemeinden